

KLAR TEXT

eMagazin der IG BCE Hessen-Thüringen

Ausgabe Nr. 5

Oktober 2012

Wer soll das bezahlen?



... das ist was Gutes!

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie





Die Energiekosten steigen. Egal ob Strom, Gas oder Benzin, die Preisspirale scheint kein Ende zu kennen. Doch woran liegt das? Ist wirklich die EEG-Umlage schuld? Wie teuer wird der Strom noch werden? Wie bekommen wir die Energiekosten in den Griff? Diese und andere Fragen beantworten wir **ab Seite 3**

„Wir brauchen bezahlbare Energie für alle“, sagt IG BCE Landesbezirksleiter Volker Weber im Interview über die Energiepolitik, ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen. **Seite 5**



Wirtschaftsminister Florian Rensch hat einen Wirtschafts- und Zukunftsrat einberufen. Über dessen Aufgaben und Ziele berichten wir auf **Seite 7**

Verwirrung in der Pirelli-Kantine. Was machen diese merkwürdigen roten Gestalten? Sind es Marsmenschen oder Amokläufer? Wird hier ein Film gedreht? Die Antwort geben wir auf **Seite 8**



Herausgeber: IG BCE Landesbezirk Hessen-Thüringen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main, Tel. 069 2385660, hessen-thueringen@igbce.de, www.hessen-thueringen.igbce.de, Verlag und Redaktion: stratopol, Beim Alten Schacht 3, 74177 Bad Friedrichshall, Tel. 07136 9629998, www.stratopol.de, Bildquellen: IG BCE, Shutterstock (3), Bilderfilm.de (1)

Wer soll das bezahlen?

Die Energiewende kommt. Die Zukunft liegt in den erneuerbaren Energien. Doch das geht weder schnell noch billig, wie uns manch ein Politiker einreden will.

Die Zukunft liegt in einem klugen Energie-Mix aus Wind, Wasser, Sonne und hocheffizienten Gas- und Kohlekraftwerken. Doch je schneller und radikaler der Umbau, desto höher die Investitionen.

Schon jetzt merken wir an den Strompreisen; Das wird teuer. Wir müssen darauf achten, dass es nicht für viele Haushalte zu teuer wird. Vor allem dann, wenn der größte Teil des verbrauchten Stroms in Deutschland von der Ökosteur befreit wird.

Energieintensive Produktionsprozesse, die unter internationalem Druck stehen, müssen in der Tat entlastet werden - aber nicht pauschal alle Großabnehmer.

Warum sollen unsere Rentner die Energiewende mitfinanzieren, die Firma Aldi aber keinen Cent dafür geben? Das ist nicht gerecht!

Volker Weber
Landesbezirksleiter der
IG BCE Hessen-Thüringen



facebook



Wie teuer wird das noch?

Jede vierte Lampe in Deutschland brennt mit Ökostrom. Jede vierte Industrieanlage wird von Wind und Sonne bewegt. Und das funktioniert, ohne dass dafür Öl, Kohle oder Gas verheizt werden, ohne dass Uran abgebaut und dann auch wieder endgelagert werden muss. Das ist gut so. Das will die deutliche Mehrheit der Menschen in diesem Land so.

Wir erinnern uns: Atomausstieg und Energiewende sind die Kinder des Klimaschutzes und der AKW-Unfälle von Harrisburg über Tschernobyl bis Fukushima. Wer CO₂ reduzieren und dabei noch auf Atomstrom verzichten will, der braucht alternative Energien! Ohne sie wäre in Deutschland der Ausstoß an Treibhausgasen um 130 Millionen Tonnen höher gewesen.

Das EEG, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, hat diesen Erfolg möglich gemacht. Es ist ganz und gar nicht perfekt, aber es ist auch nicht das Monster, das jetzt den Strom unbezahlbar macht. Der ist tatsächlich teurer geworden. Aber zu mindestens einem Drittel wegen der gestiegenen Brennstoffkosten und zu einem

Viertel wegen anderer politischer Beschlüsse zu Lasten der Verbraucher.

Deutlich weniger als die Hälfte der Preissteigerung hat also - unterm Strich - mit dieser Förderung zu tun. Das hängt auch damit zusammen, dass immer mehr Großverbraucher von der Abgabe befreit wurden. Diese Auswüchse an indi-

rekten Subventionen müssen zurückgefahren werden. Eine Befreiung von der EEG-Umlage muss es dort geben, wo energieintensiv produziert wird und dieser Energieeinsatz noch nicht reduziert werden kann.

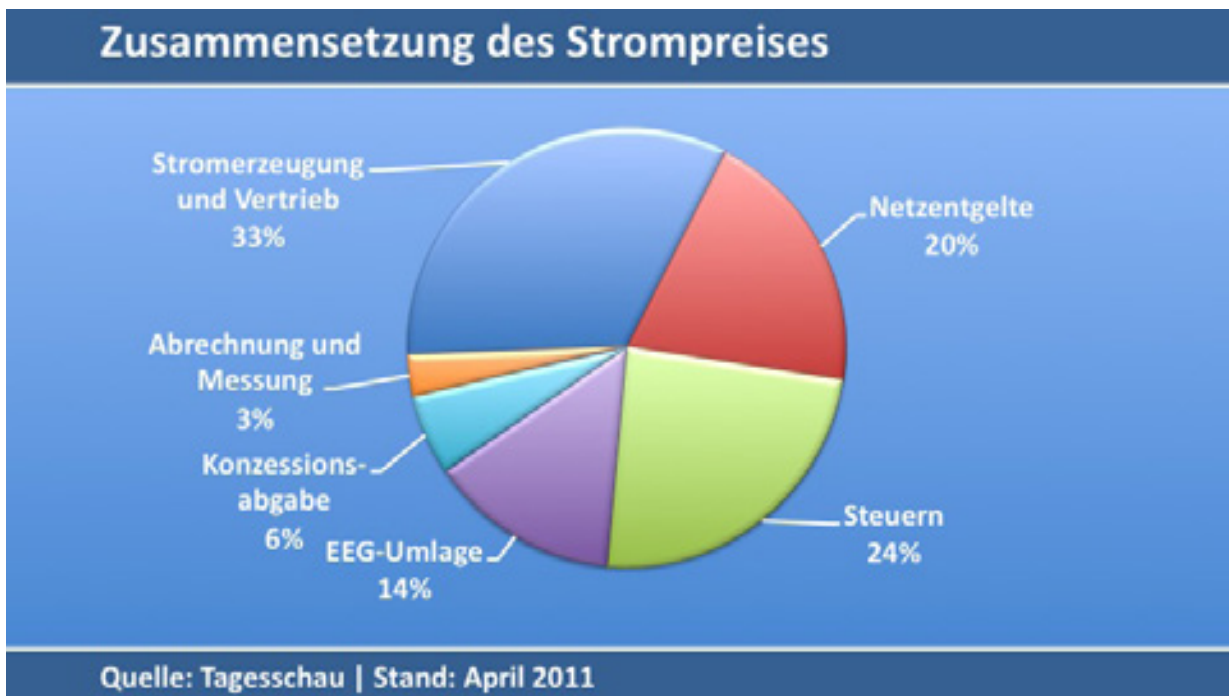
Das sollte dann aber für große und kleine Unternehmen gelten - nicht nur für Groß-

verbraucher. Der Erlös der EEG-Umlage sollte zukünftig auch stärker dafür verwendet werden, neue Effizienztechnologien zu entwickeln, um den Energieverbrauch weiter zu reduzieren.

Dazu könnte man entsprechende Forschungsprojekte finanzieren und Abgabenerleichterungen für diejenigen Unternehmen einführen, die nachweislich an mehr Energieeffizienz arbeiten.

Ein „neues“ EEG müsste damit aufhören, Energieverbrauch zu belohnen sondern endlich Energiesparen attraktiv machen.

Und wir müssen, ggf. auch mit neuen hocheffizienten Gas- und Kohlekraftwerken, das Tempo der Energiewende besser steuern und an die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft anpassen.



„Wir brauchen bezahlbare Energie für alle“

Wir fragten Volker Weber, Landesbezirksleiter der IG BCE Hessen-Thüringen über die Position der Gewerkschaft zu den steigenden Energiekosten:

Die Energiepreise steigen immer weiter, brauchen wir Sozialtarife?

Volker Weber: Das wäre der völlig falsche Weg. Natürlich muss die Energiewende finanziert werden, aber wenn die Menschen ihre Strom- oder Heizkostenrechnung nicht mehr bezahlen können, dann läuft etwas gründlich falsch. Wir brauchen bezahlbare

Energie für alle. Für Unternehmen, aber auch für Privathaushalte.

Und wie bekommen wir diese Kosten in den Griff?

Volker Weber: Indem wir die Investitionen in erneuerbare Energien so steuern, dass uns nicht die Kosten davonlaufen. Und indem wir Anreize schaffen, Energie zu sparen.

Wie könnte das gehen?

Volker Weber: Wir brauchen unbürokratische Förderungen für private Investitionen. Wenn ich heute z.B. KfW-Mittel für energetische Maßnahmen an meinem Haus beantragen will, muss ich erst einmal einen teuren Energieberater engagieren, dann investieren, dann wieder



ein Gutachten bezahlen. Das könnte auch einfacher gehen. Ich denke, wir sollten nicht mehr Geld in die Förderung von politisch gewünschten Energien stecken - sondern in die Förderung von Menschen und Unternehmen, die Energie sparen!

KOSTENLOS

KLARTEXT ist das neue eMagazin der IG BCE Hessen-Thüringen. Kostenlos alle 2 Monate in Ihrem Email-Postfach. Das Abo ist nur einen Klick entfernt - und jederzeit kündbar: www.igbce-klartext.de

Betriebliche Altersversorgung: Nur jeder Vierte ist dabei

Eine WSI-Betriebsrätebefragung macht deutlich, dass es bei weitem nicht in allen Betrieben ein Angebot zur Altersversorgung gibt.

In Großbetrieben ist die betriebliche Altersversorgung recht weit verbreitet. Doch dies reicht nicht aus, um die reformbedingten Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung zu schließen. Zu diesem Schluss kommt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Seit den Rentenreformen von 2001 hat betriebliche Altersversorgung eine neue Funktion: Sie ist keine reine Zusatzleistung mehr. Stattdessen soll sie, als zweite von drei Säulen des Rentensystems, den Lebensstandard im Alter sichern.

Die Auswertung zeigt, dass es bei weitem nicht in allen Betrieben ein Angebot zur Altersversorgung gibt.

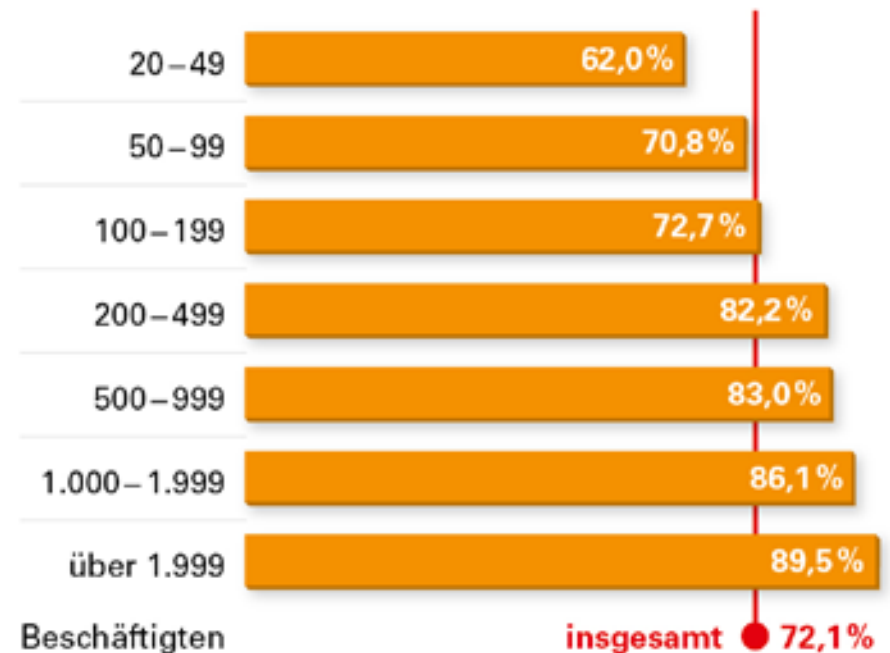
Und selbst wenn im Betrieb entsprechende Möglichkeiten existieren, geben die befragten Betriebsräte im Schnitt an, dass weniger als die Hälfte der Mitarbeiter von der so genannten Entgeltumwandlung Gebrauch macht.

Außerdem hängt die Beteiligung an betrieblicher Altersversorgung stark vom Einkommen ab: Nur 6,2 Prozent der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn um 10 Euro oder weniger nutzen die Möglichkeit zur Entgeltumwandlung. Bei Besserverdienenden, die über 23 Euro je Stunde bekommen, ist es dagegen ein gutes Drittel.

Bislang geht die betriebliche Altersversorgung, genauso wie die Riester-Rente, gerade an denen vorbei, die sie am nötigsten hätten.

Bessere Vorsorge bei den Großen

Eine betriebliche Altersversorgung bieten von allen Betrieben* mit ...



*Angaben von Betriebsräten, repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat; Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012



Wirtschafts- und Zukunftsrat für Hessen gegründet

Volker Weber, Landesbezirksleiter der IG BCE Hessen-Thüringen, ist Mitglied im neugegründeten Wirtschafts- und Zukunftsrat Hessen.

Dieses vom Hessischen Wirtschaftsminister Florian Rentsch berufene Expertengremium versteht sich als Think Tank. Ziel ist es, möglichst Trends und Entwicklungen in Hessen so frühzeitig zu erkennen, dass die Politik optimale Rah-

menbedingungen setzen kann. Deshalb arbeitet auch Volker Weber in diesem Gremium mit.

„Wenn wir auch künftig noch auf den Weltmärkten mitspielen wollen,“ so der Gewerkschafter, „brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur und erstklassig ausgebildete Fachkräfte, die an gesunden Arbeitsplätzen zu fairen Entgelten beschäftigt werden.“

Warnung vor Ausweitung von Minijobs

Die Einkommensgrenze für Minijobs soll im kommenden Jahr von 400 auf 450 Euro steigen.

Einen Gesetzentwurf dazu plant die Regierungskoalition nach Angaben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Die IG BCE warnt jedoch vor einer Ausweitung des Niedriglohnsektors. Osman Ulusoy, stellvertretender Landesbezirksleiter der IG BCE Hessen-Thüringen, kriti-

siert: „Minijobs sind kein Sprungbrett für gute Arbeit, sondern eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse, die vor Allem für Frauen in Altersarmut endet“.

Die „Financial Times Deutschland“ rechnet unterdessen vor, dass die geplante Anhebung der Einkommensgrenze den Staat durch Mindereinnahmen bei Sozialabgaben und Steuern bis zu 300 Millionen Euro koste.



Kreativität.

Die IG BCE kann hart verhandeln und ernsthaft argumentieren. Sie kann aber auch anders. Zum Beispiel bei Pirelli in Breuberg. Dort wirbelten die REDMEN in der Kantine und sorgten für viel Spaß und Aufmerksamkeit für den Infostand der IG BCE.

